
Parlamentarischer Abend des Deutschen Verkehrsforums:

Wirtschaft und Politik wollen Investitionslücke schließen

Hohe Wertschätzung für die Arbeit des Forums seitens der Verkehrspolitiker

Berlin, 14. Februar 2006 – „Der Koalitionsvertrag bestätigt die hohe Bedeutung der Mobilität für Deutschland, die Verkehrspolitik wird die zahlreichen Vorgaben jetzt „schnell und zupackend“ umsetzen“, sagte **Dr. Klaus Lippold MdB** (CDU), Vorsitzender des Verkehrsausschusses im Deutschen Bundestag, auf dem ersten Parlamentarischen Abend des Forums nach der Regierungsneubildung in Berlin vor 250 Verkehrsexperten aus Wirtschaft und Politik. Lippold betonte die Dringlichkeit: „Verkehrspolitik ist Arbeitsmarktpolitik. Mit höheren und verstetigten Investitionen aus dem Verkehrshaushalt wird die Politik die Mobilitätsanforderungen in Deutschland erfüllen und die Voraussetzungen für mehr Beschäftigung schaffen.“ Die gemeinsamen Interessen der Verkehrswirtschaft würden im Deutschen Verkehrsforum sehr konstruktiv und sachkundig vertreten, seitens des Verkehrsausschusses bestehe ein großes Maß an Übereinstimmung mit dem Forum – die gute Basis für sachorientierte und strukturierte Zusammenarbeit werde auch zukünftig gern genutzt, so der Ausschussvorsitzende.

Uwe Beckmeyer MdB, verkehrspolitischer Sprecher der SPD, mahnte nachdrücklich die Sicherung des Verkehrshaushalts und die Erschließung neuer Finanzquellen an, um die Infrastrukturfinanzierungslücke zu schließen, „ohne dass es bei der Frage der Verschuldung eine Rolle spielt.“ Beckmeyer verdeutlichte den Finanzbedarf für die vordringlichen Projekte des Bundesverkehrswegeplans für die nächsten 15 Jahre: „Für Neubau und Erhaltung brauchen wir rund 150 Milliarden Euro, nach der Finanzplanung stehen nur 9 Milliarden jährlich im Haushalt. Finanz- und Verkehrspolitik müssen miteinander neue Wege gehen, um die Lücke zu schließen.“

Präsidiumsvorsitzender **Wilhelm Bonse-Geuking** betonte: „Wir begrüßen die zunehmende Akzeptanz von Verkehr und Mobilität durch die Politik, wie sie sich auch im Koalitionsvertrag ausdrückt. Wir sind bei der schnellen Umsetzung der Vorgaben in die Praxis gern behilflich. Unsere Zielrichtung ist,

- die Infrastruktur zukunftsfähig zu gestalten,
- das Verkehrssystem zu optimieren und
- die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.“

Vier Mitglieder des Präsidiums des Verkehrsforums hatten ebenfalls die Anforderungen ihrer Branchen an die Verkehrspolitik der Großen Koalition deutlich gemacht. /2-

Detthold Aden, Vorstandsvorsitzender der BLG LOGISTICS GROUP und Präsident des Seehäfenverbandes ZDS, hob hervor: „Die deutsche Logistikwirtschaft ist im weltweiten Vergleich Spitze und gegenwärtig die einzige große Branche, die hierzulande ständig neue, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schafft.“ Bei einem jährlichen Wachstum schon der Häfen von 7-8 Prozent sei zu wünschen, dass die Wirtschaftsinstitute diese Branche als Schlüsselindustrie einordnen. Er forderte von der Verkehrspolitik Unterstützung für die Hafenwirtschaft bei Steuerlasten und der Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen wie Mineralöl-Steuer für Hafenanlagen, Trassenentgelten, Lkw-Maut, der Benachteiligung der Ostseefähren gegenüber dem grenzüberschreitenden Lkw-Verkehr und der Besteuerung der elektrischen Energie.

Dr. Wilhelm Bender, Vorstandsvorsitzender der Fraport AG stellte fest: „Der Luftverkehr stützt den Aufschwung in Deutschland. Er wächst überdurchschnittlich stark, und er ist Garant für den Erfolg vieler anderer Industrien. Das Wachstum des Passagierverkehrs betrug im vergangenen Jahr in Deutschland 6,3 Prozent. Auch für das Jahr 2006 gehen wir von einer deutlichen Steigerung aus.“ Seine zentrale verkehrspolitische Forderung aus der Sicht des Flughafenbetreibers: „Wir wollen kein Geld vom Staat, wir brauchen nur vernünftige Rahmenbedingungen, um es auszugeben.“

VDA-Präsident **Prof. Dr. Bernd Gottschalk** mahnte mehr Mittel für die Infrastruktur an und verwies auf die 51 Mrd. Euro, die der Straßenverkehr Jahr für Jahr an die Staatskasse entrichte. Neben der Höhe der Mittel seien aber auch Planungsbeschleunigung und die Nutzung von Effizienzreserven bei Planung, Bau und Betrieb wichtige Stichwörter. Drittens ginge es um den institutionellen Rahmen: „Konkret heißt dies, aus dem kleinen Schritt der Schaffung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft einen großen zu machen, durch die direkte Zuweisung der Einnahmen aus der Lkw-Maut im Sinne einer engen Zweckbindung, durch die Zuweisung von Teilen des Mineralölsteueraufkommens und durch eine – vielleicht eingeschränkte – Kreditfähigkeit der Gesellschaft zur Glättung von Infrastrukturinvestitionen.“

Die Erhöhung und Verstetigung der Investitionen in die Infrastruktur sieht **Dr. Otto Wiesheu**, Vorstandsmitglied der Deutschen Bahn AG, als wichtigen Schritt auch für die Schiene an. Er ging auf die bisherigen Erfolge des Unternehmens in Markt und Technik ein. Die aktuellen Themen seien positive Marktanteilsentwicklung, erfolgreiche Positionierung der DB AG im internationalen Logistikmarkt, Gestaltung der europäischen Rahmenbedingungen, Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern und Fortsetzung der Bahnreform. Die DB AG sei ein Wirtschaftsunternehmen im Wandel. Wiesheu wörtlich: „Und als dieses Wirtschaftsunternehmen befindet sie sich im Wettbewerb, das ist bei allen Reformen zu beachten.“